

Notfallreform: Mehr Probleme als Lösungen

KVN: „Die ärztlichen Ressourcen stehen für diese Notfallreform nicht zur Verfügung.“

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) hat heute in Hannover den Entwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium zur Reform der Notfallversorgung kritisiert. Der stellvertretende KVN-Vorstandsvorsitzende Thorsten Schmidt monierte primär, dass 705 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr vom Bundesgesundheitsministerium allein durch die Abgabe von Fällen der Rettungsleitstellen an die Akutleitstellen des Bereitschaftsdienstes der Kassenärztlichen Vereinigungen generiert werden sollen. „Damit wird zwar der Topf der gesetzlichen Krankenkassen entlastet, der Topf der Gesamtvergütung für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte aber belastet. Mit anderen Worten: Die Kassenärztinnen und Kassenärzte finanzieren diese Einsparungen“, so Schmidt.

Grundsätzlich befürworte die KVN eine Neuordnung der Notfall- und Akutversorgung. „Aber nicht in dieser Form!“, sagte Schmidt. Trotz einiger guter Regelungen begegnet die KVN den Reformplänen mit Skepsis.

Planungen zu einem aufsuchenden Bereitschaftsdienst und telemedizinischen Angeboten an sieben Tagen die Woche und 24 Stunden am Tag erteilte der Vorstandsvorsitzender der KVN, Mark Barjenbruch, eine klare Absage. „Gerade die Sicherstellung des Hausbesuchsdienstes rund um die Uhr ist eine extrem anspruchsvolle Aufgabe, selbst wenn sie an medizinisches Fachpersonal delegiert werden kann. Das wird die reguläre ambulante Basisversorgung durch Ärztinnen und Ärzte in ihren Praxen ausdünnen und ist personell nicht leistbar. Dazu fehlen einfach die personellen Ressourcen“, sagte Barjenbruch.

Eine enge Kooperation des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes mit den Rettungsdiensten im Land sei sinnvoll. Sie dürfe aber nicht allein auf eine Entlastung der Rettungsdienste und der stationären Strukturen in den Krankenhäusern abzielen und damit zu Lasten der Kassenärztinnen und Kassenärzte gehen. „Eine ausschließliche Steuerung der Bürgerinnen und Bürger über integrierte Leitstellen ist realitätsfremd. Patienten gehen direkt in die Notfallambulanzen der Krankenhäuser und rufen nicht vorher die Leitstellen an, um sich in eine Versorgungsebene steuern zu lassen. Vor einer echten Patientensteuerung schreckt Gesundheitsministerin Nina Warken aber zurück“, sagte der KVN-Vorsitzende.

Schmidts und Barjenbruchs Fazit: „Viele Reformvorschläge gehören in den Bereich des Wunschdenkens. Solange Personal- und Ärztemangel in den Praxen und auf dem Land die ambulante Versorgung dominieren, fehlt uns die Fantasie, wie wir die Notfallreform umsetzen sollen.“